

# Glokalisierung – Die Champions League der Agglomerationen



Thomas Straubhaar

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Verstädterung. Der Prozeß, der in Europa im Zuge der Industrialisierung bereits vor 100 Jahren zu kulminieren schien, hat sich seither nicht nur beschleunigt fortgesetzt. Vielmehr ist die Verstädterung zu einem weltweiten Phänomen geworden, das sich in den nächsten 50 Jahren zu dem zentralen Faktor der Raumwirtschaft weiterentwickeln wird.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert leben drei von vier Europäern in Städten. In den weniger entwickelten Weltregionen liegt der Verstädterungsgrad noch unter 40%. Aber gerade in Asien, Lateinamerika und Afrika werden die Städte in den nächsten Dekaden besonders stark wachsen. Tokio, Bombay, Lagos, Schanghai, Jakarta, Sao Paulo, Mexiko-Stadt, Karatchi, Peking, Dakka dürften die Top Ten des Jahres 2015 bilden – alles Megalopolen mit 20 bis 30 Mill. Einwohnern.

Was ist mit Europa? Zwar wachsen auch hier die Städte weiter. Aber anders als bei der Landflucht in Asien, Afrika oder Lateinamerika findet in Europa eine Stadtfucht aus den großstädtischen Zentren in die noch ländlicheren Vororte statt. Schon lange verlieren in Deutschland die großen Kernstädte der Verdichtungsräume einen Teil ihrer Bevölkerung an die mittelgroßen Kommunen im Umland. Es entstehen Agglomerationen mit sozialen Brennpunkten im Kern und einem prosperierenden Speckgürtel rundherum.

Die Verstädterung findet in der Politik bisher kaum ein Echo. Agglomerationen hängen im wesentlichen noch immer am Gängelband nationaler Regierungen – daran ändert auch ein föderales System wenig, solange es die Einkommensteuerhoheit nicht an die Städte abtritt. Agglomerationen müssen „auslöffeln“, was ihnen die „Volkswirtschaft“ und die nationale Rechtsprechung einbrocken. So werden Ausländergesetze, Strafgesetze oder Familiengesetze in ganz Europa auf der nationalstaatlichen Ebene erlassen, aber auch sozial- oder arbeitsmarktpolitische Regulierungen gelten jeweils bundesweit, obwohl die Probleme von Arbeitslosigkeit oder Armut sich zuallererst und unmittelbar in Form urbaner Brennpunkte offenbaren.

Die Zukunft wird nun jedoch eine Emanzipation der Agglomerationen gegenüber den Nationalstaaten ermöglichen. Was nämlich mit der „Globalisierung“ in der Nachkriegszeit begann, wird im 21. Jahrhundert in Europa zu einer „Glokalisierung“ führen. Damit ist gemeint, daß offene Märkte und sinkende Distanzkosten „Volkswirtschaften“ verblassen lassen. Die europäische Landkarte wird ihre Konturen künftig durch lokale Ballungszentren, regionale Wachstumsbananen, aber auch darbende Rostgürtel erhalten. Deutschland und die übrigen Euroländer verlieren durch „Globalisierung“ und europäische „Integration“ einen Teil ihrer nationalstaatlichen Besonderheiten. Lokale Agglomerationen wie Berlin, Hamburg und die übrigen Metropolen hingegen gewinnen Freiräume.

Die „Glokalisierung“ schwächt die ökonomische Basis der Nationalstaatlichkeit. Interessengruppen organisieren sich zunehmend grenzenüberschreitend. Zweckverbände verfolgen regionale Ziele. Neue soziale Bewegungen werden wichtiger als traditionelle nationale Netze. Damit wird offensichtlich, daß es im Europa der „Glokalisierung“ immer weniger um einen Wettbewerb der „nationalen“ Volkswirtschaften, sondern um einen Wettbewerb der „lokalen“ Agglomerationen gehen wird.

Sinkende Transport- und Transaktionskosten ermöglichen in Europa eine immer stärkere räumliche Entflechtung von Wohnen und Arbeiten, Produktion und Konsum, Sparen und Investieren. Traditionelle, oft hoheitlich erzwungene nationale Solidargemeinschaften werden aufgeweicht, regionale und urbane Eigenständigkeit wird attraktiv(er), ökonomische Separation wird zum nationalen Damoklesschwert; eine funktionale Mobilität bei personeller Immobilität wird möglich. Natürlich geht es dabei auch um historische Erblasten der Bildung von Nationalstaaten wie in Belgien, in Italien oder in Spanien. Aber ebenso geht es um handfestere wirtschaftliche Interessen wie beispielsweise bei der Forderung Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens nach einer Neuordnung des Länderfinanzausgleichs.

Ähnlich wie die Champions League die eigentlich wahre Meisterschaft wird, läßt die „Globalisierung“ europäische Agglomerationen entstehen, die einem mehr oder weniger permanenten europaweiten Standortwettbewerb unterworfen sind. Entsprechend intensiver wird der Kampf der Agglomerationen darum sein, erfolgsorientierte Arbeitskräfte anzuziehen und zukunftsfähige Firmen anzusiedeln. Moderne Verkehrsmittel, immer leistungsfähigere Telekommunikationsnetze, Satellitentechnologie, Internet und Cyberspace erleichtern zumindest innerhalb Europas eine Abstimmung per Möbelwagen, mit dem Geschäftssitz, dem Steuerdomizil und dem Bankkonto. Jeden Tag werden Agglomerationen zur Disposition gestellt. Hat in der Vergangenheit Berlin primär gegen Hamburg oder München „gespielt“, wird es in Zukunft zu einem Wettbewerb der europäischen Agglomerationen kommen. Welche Stadt wird der „Big Apple“ Europas?

Agglomerationen müssen mit ihren urbanen Ballungsvorteilen neue Investoren überzeugen, sei es mit einem Reservoir gut qualifizierter Spezialisten, Fach- und Führungskräften, sei es mit einem attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis kommunaler Steuern, lokaler Abgaben und der dafür gebotenen öffentlichen Güter und behördlichen Dienstleistungen, sei es mit flexiblen Handwerks-, Gewerbe- oder Bauordnungen, die es jungen Selbständigen ermöglichen, ihre Ideen unkompliziert umzusetzen. Die Qualität von Luft, Wasser und Parkanlagen läßt sich im Quervergleich ebenso leicht beurteilen wie der Zustand der städtischen Infrastruktur, die täglichen Stauzeiten oder die Kriminalstatistik. Euro-Metropolen, die das Niveau von anderswo nicht erreichen, werden durch Abwanderung „bestraft“. Attraktive Agglomerationen werden durch Zuwanderung „belohnt“.

Die Sieger im Wettlauf um die Spitzenplätze an Europas Sonne werden die zukunfts-trächtigen Wirtschaftsaktivitäten an sich binden. Sie sprengen den nationalen Rahmen und werden zu blühenden europäischen Megalopolen, die aus ganz Europa (und natürlich auch der übrigen Welt) Kapital, Arbeit und Firmen anziehen werden. Diese Euro-Zentren werden ganz andere Probleme haben als die übrigen Regionen. Noch weiterbestehende nationalstaatliche Bande werden überflüssig, ja manchmal sogar lästig. Eher dürften diese Euro-Metropolen nach der alten Reichsfreiheit streben und die mittelalterlichen Städtebünde – wie beispielsweise die Hanse – wiederbeleben wollen.

Noch bedarf es eines weiteren Abbaus unnötig und überflüssig gewordener „volkswirtschaftlicher“ Klammern, damit ein Wettbewerb der europäischen Agglomeration tatsächlich möglich werden wird. Ein Schritt, dem polit-ökonomisch gewichtige Hemmnisse entgegenstehen. Notwendig ist insbesondere eine erweiterte lokale Autonomie. Agglomerationen müssen das Recht erhalten, Steuersätze in eigener Verantwortung selbständig festzulegen – beispielsweise für die persönlichen Einkommen –, und die Steuereinnahmen sollten zunächst einmal für eigene Zwecke verwendet werden dürfen. Ebenso gehört die Möglichkeit dazu, Zentrumsleistungen zu „verkaufen“, beispielsweise über Nutzer- oder Kostenverursachergebühren: der alte Brückenzoll grüßt das moderne Pay-per-use! Autonomie bedeutet somit das Recht, das Bündel und die Qualität der angebotenen urbanen Infrastruktur und lokalen Dienstleistungen selber zu bestimmen und zu finanzieren. Somit geht es um wesentlich mehr, als im Rahmen des „New Public Management“ oder der effizienzorientierten Verwaltungsführung beispielsweise „Städte“ wie „Unternehmungen“ führen zu können. Zu diskutieren wird nämlich auch sein, wieweit „private Kommunen“ – wie sie in den USA an Bedeutung gewinnen – auch in Europa über Zuzugsrechte autonom entscheiden können, wie Agglomerationen international selbständig kooperieren sollen, wer wieweit für wen als letzter ökonomischer Hafen zu dienen hat. Kurz gesagt: Es geht darum, was „Agglomerationen“ lokal tun dürfen und „Nationen“ global nicht mehr organisieren sollen.